



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Gaede, Arnold: Zur Landarbeiterfrage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Sankt Petersburg entwickelt sich durch einen Prozeß, wodurch sich Wörter, Zusammensetzungen bilden. Das ausschließlich rechtgläubige Sankt fiel ab mit der Erscheinung Peters, der die dualistische Doppelregierung des Heiligen und Unheiligen befestigte. Eine weitere Etappe wird das Auffuchen einer stärkeren Basis sein, einer selbst sich beschützenden Burg — Luthers Prinzip, vielmehr nicht Luthers, sondern schon das der Hussiten, im Kern nicht germanisch — sondern allgemein kulturell.

Vor uns ist ein dreifach zusammengesetztes Wort, eine Bilderreihe, und nicht ein einheitlicher Begriff, der absolut befriedigen würde. — Darin liegt es, weshalb sich die Seele Sankt Petersburgs nicht „fassen“ läßt.



Zur Landarbeiterfrage

Von Regierungsrat Arnold Gaede-Posen



ewöhnlich wird der große Bedarf an ausländischen Saisonarbeitern in unseren landwirtschaftlichen Großbetrieben mit der größeren Intensität der landwirtschaftlichen Wirtschaftsweise, mit dem vermehrten Anbau von Hackfrüchten (Kartoffeln und Zuckerrüben), vor allem aber mit dem Mangel an Winterarbeit, der durch die Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen entstanden ist, erklärt. Das trifft auch zu. Das ganze Jahr hindurch kann der landwirtschaftliche Großbetrieb bei den heutigen Produktionsverhältnissen nur einer bestimmten Zahl von Arbeitern Beschäftigung geben. Für diese Zahl muß er Wohnung, Kost und Lohn in jeder Jahreszeit bereithalten, Schul- und Armenlasten tragen. Daß er das gleiche auch für die Arbeiter leiste, die er nur zur Bewältigung der Mehrarbeit in der Bestellungs- und Erntezeit braucht, kann von ihm niemand verlangen.

Solange es Saisonarbeiter gibt, die dem Gute nicht mehr zur Last fallen, wenn die Ernte unter Dach und Fach gebracht ist, muß sie daher auch der Großbetrieb verwenden. Er würde sonst unvernünftig wirtschaften.

Beachtet man dies, so kann man Herrn von Dewitz („Eine ungewöhnliche Gefahr für die deutsche Landwirtschaft“, Nr. 255 des „Tag“) nicht darin zustimmen, daß die Saisonarbeiter durch angestellte Arbeiter ersetzt werden könnten und müßten. Denn die zur Saisonarbeit in landwirtschaftlichen Groß-

betrieben angesiedelten Arbeiter würden, soweit nicht ausnahmsweise Forstarbeit vorhanden ist, im Winter beschäftigungslos sein. Die Ansiedlung von Arbeitern ist nur da möglich, wo dauernd Arbeitsgelegenheit vorhanden ist.

Die Saisonarbeiterfrage wird niemals durch die Arbeiteransiedlung gelöst werden. Darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben. Nur eine starke innere Kolonisation, bei der zahlreiche Großbetriebe in Familienbetriebe aufgelöst werden, kann die Zahl der Saisonarbeiter soweit verringern, daß sie keine Gefahr für die Unabhängigkeit der deutschen Landwirtschaft mehr bilden. Die russischen Drohungen, die Grenze gegen die Abwanderung von Arbeitern zu schließen, dürfen daher auch nicht, wie Herr von Dewitz vorschlägt, dahin führen, die Ansiedlung von Bauern hinter der Arbeiteransiedlung zurücktreten zu lassen, sondern sollten im Gegenteil ein Sporn sein, die Bauernansiedlung energischer zu betreiben als bisher. Mit jeder Umwandlung eines Gutsbezirks in ein Bauerndorf verschwindet eine Kolonne ausländischer Arbeiter für immer aus dem Lande.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Ansiedlung von Arbeitern auf dem Lande unterbleiben könne. Auch diese ist dringend notwendig. Denn die starke Abwanderung vom Lande hat zur Folge gehabt, daß auch ein Mangel an ständigen Arbeitskräften eingetreten ist, und zwar beim Großbauer sowohl wie beim Großgrundbesitzer. Diesem Mangel kann durch die Sekthafmachung von Arbeiterfamilien begegnet werden. Dabei ist im Osten zu unterscheiden zwischen der Ansetzung von Deputatfamilien auf den Gütern und der Ansiedlung von freien Arbeitern auf Eigentumsstellen.

Die letztere (die eigentliche Arbeiteransiedlung) hat für den Grundbesitzer den Mangel, daß der Arbeiter nicht an seinen Dienst gebunden ist. Eine geringe Lohndifferenz kann zur Folge haben, daß sich der Arbeiter eine andere Arbeitsstelle sucht, wenn sie auch weiter entfernt liegt als das Gut. Auch kann kaum verhindert werden, daß der Arbeiter sein Eigentum an eine Person verkauft, die nach ihren persönlichen Eigenschaften für die Arbeit auf dem Gute nicht in Frage kommt. Daraus erklärt es sich auch, daß der Großgrundbesitz bisher der Ansiedlung von Arbeitern auf Eigentumsstellen wenig Interesse entgegengebracht hat.

Wichtiger für den Großgrundbesitzer ist die Erhaltung der auf dem Gute noch vorhandenen ständigen Arbeiter und die Ergänzung der Lücken, die die Abwanderung der ländlichen Bevölkerung bereits in die Reihen der Deputatarbeiter gerissen hat. Auch hierin werden sich die Verhältnisse noch mehr verschlechtern, wenn sich die Besitzer nicht zu zwei Maßnahmen entschließen: zur Errichtung guter Wohnungen und zur Erhöhung der Löhne.

Die Löhne auf dem Lande sind trotz der guten Konjunktur verhältnismäßig niedrig geblieben, und die Arbeiterwohnungen lassen auch heute noch auf vielen Gütern viel zu wünschen übrig, wenn auch in den letzten Jahren dank dem guten Beispiele der Domänenverwaltung eine Besserung eingetreten ist. Das

ist auch der Punkt, wo die Besitzer gezwungen werden müßten, etwas zu tun, und Herr von Demitz hat ganz recht, wenn er sagt, daß die landschaftlichen Kreditinstitute eingreifen müßten, wo der Besitzer selbst der Frage kein Verständnis entgegenbringt. Wenn die Landschaft Neu- und Nachbeleihungen nur bei Gütern mit guten, massiven Arbeiterwohnungen vornehmen würde, möchten Katen aus Lehmputzen mit Strohdach bald der Vergangenheit angehören. Wie die Landschaften, so müßten auch die jetzt im Osten eine große Rolle spielenden Besitzfestigungsbanken auf die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Gutsarbeiterchaft hinwirken, indem sie ihren sehr billigen Kredit (zweite Hypotheken zu 3,8 Prozent auch bei einem Bankfuß von 5 bis 6 Prozent) nur unter der Bedingung zur Verfügung stellen, daß ein Teil des Geldes zum Bau von guten Arbeiterwohnungen verwendet wird.

Weniger leicht wird eine allgemeine Erhöhung der Löhne der ständigen Arbeiter zu erreichen sein. Zwar könnten die Besitzer, die ihr Gut schon vor dem sprunghaften Steigen der Güterpreise erworben haben, mit Lohnerhöhungen vorgehen, ohne die Rentabilität ihres Betriebes zu gefährden. Denn ihr Anlagekapital verzinst sich seit einer Reihe von Jahren infolge der gestiegenen Ertragsfähigkeit des Bodens, der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und der hohen Preise aller landwirtschaftlichen Produkte recht gut. Anders aber steht es mit denjenigen Besitzern, die schon zur Zeit der Hochkonjunktur auf dem Gütermarkt ihren Besitz erworben haben. Diese sind häufig so hoch belastet, daß die Erträge des Gutes kaum hinreichen, sämtliche Hypothekenzinsen zu zahlen, geschweige denn eine allgemeine Lohnerhöhung mitzumachen. Oder anders ausgedrückt, bei diesen Gütern ist das Zurückbleiben der ländlichen Löhne bereits kapitalisiert und vom Gute getrennt worden. Ein gewiß ungesunder Zustand, der sich immer weiter ausdehnen wird, je mehr Güter den Besitzer wechseln.

So hängt auf dem Lande die Arbeiterfrage mit der Bodenpreisfrage auf das innigste zusammen, was man nicht übersehen darf, wenn man die ländlichen Arbeiterverhältnisse verbessern will. Der Preistreiberei auf dem Gütermarkte entgegenzutreten, wird eine wichtige Aufgabe der nächsten Zukunft sein. Außer einer gesetzlichen Regelung des Güterverkaufsvermittlungswesens wird wohl der Ausbau des Gesetzes betreffend die Zulassung einer Verschuldungsgrenze für land- oder forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke vom 20. August 1906 ernstlich in Erwägung gezogen werden müssen. Denn erst, wenn es unmöglich ist, Großgrundbesitz schon mit einer geringen Anzahlung zu erwerben, werden Spekulant und andere leistungsunfähige Käufer vom Markte verschwinden, was ein Nachlassen der Nachfrage nach Grundbesitz und demgemäß ein Sinken der Güterpreise zur Folge haben müßte.

Die Saisonarbeiterfrage wird durch die Verbesserung der Lage der ständigen Gutsarbeiter insofern beeinflusst, als jede Abwanderung einer Deputatsfamilie dazu beiträgt, die Zahl der Saisonarbeiter auf dem Gute zu vermehren. Der Besitzer bemüht sich dann eben, möglichst viel von den Arbeiten, die früher der

Winterzeit vorbehalten blieben, schon von den Saisonarbeitern ausführen zu lassen. Je mehr Deputatfamilien auf einem Gute gehalten werden, desto geringer pflegt auch die Zahl der beschäftigten Saisonarbeiter zu sein.

Mit Recht hebt Herr von Dewitz hervor, daß auch die großen Bauern stark unter Arbeitermangel leiden. Ihnen kann eher als den großen Gütern durch die Ansiedlung von freien Arbeitern auf Eigentumsstellen geholfen werden. Denn während die Ansiedlung von freien Arbeitern in einem Gutsbezirk nur ausnahmsweise gelingt, sind mit ihrer Ansiedlung in Landgemeinden, wo sie Anschluß an den ihnen sozial nahestehenden Kleinbäuerlichen Besitzer finden, schon recht gute Erfolge erzielt worden. Indirekt werden auch die großen Güter von den angestellten Arbeitern Nutzen haben. Denn ihre erwachsenen Kinder werden oft so lange Deputatarbeit nehmen, bis sie sich das zum Erwerb einer kleinen Rentenstelle erforderliche Kapital erspart haben. Jedenfalls hat die Aussicht auf ein Eigentum schon manchen ländlichen Arbeiter von der Abwanderung in die Industrie zurückgehalten.

Zur Vermehrung der ländlichen Arbeiterschaft würde ferner die Begründung von kleinen Bauernstellen, von sogenannten Halbbauernstellen, die mit einem Pferde oder mit Kühen beackert werden, beitragen. Diese Stellen können zwar eine Familie, solange die Kinder klein sind, ernähren, sie sind aber selten so ertragreich, daß die erwachsenen Kinder mit dem zum Erwerb einer Bauernstelle erforderlichen Kapital ausgestattet werden könnten. Außer dem ältesten Sohne, der die Wirtschaft übernimmt, pflegen die Kinder dieser Leute auf ländliche Arbeit zu gehen. Aus dem Gesichtspunkte der ländlichen Arbeiterfrage müßte daher der Gründung von Halbbauernstellen bei der Aufteilung von Gütern noch größere Beachtung geschenkt werden, als es bisher geschehen ist, zumal die Nachfrage nach solchen Stellen recht groß ist.

Einen weiteren Vorschlag zur Vermehrung der Landarbeiter hat Karl Bernhard von Derzen in Nr. 273 des „Tag“ zur Erörterung gestellt. Er schlägt vor, in erster Linie die Mietwohnungen in den Dörfern zu vermehren, da sich in Mecklenburg, dem klassischen Lande der Häuslerkolonisation, gezeigt habe, daß die freien Landarbeiter sich fast immer unter der Mieterbevölkerung und nur selten unter den Kleinstellenbesitzern befänden. Es müsse allerdings in den Dörfern durch Auslegung von Gemeindeländ für die Mieter einige Morgen Land pachten könnten; dann aber seien die Verhältnisse so, wie sie der Landarbeiter sich wünsche; denn der Mieter brauche sich an keinen Arbeitgeber zu binden, könne seinen Wohnsitz nach Belieben wechseln und sei trotzdem in dem Besitze eines kleinen landwirtschaftlichen Betriebes, der ihm das Vorwärtskommen erleichtere. Mit der Vermehrung der Mieter werde außerdem am besten für eine spätere Kleinstiedlung gesorgt, da die Erfahrungen in Mecklenburg gezeigt hätten, daß die Kleinstellenbesitzer zum größten Teile aus der Mieterbevölkerung des Landes hervorgehen. Fast überall, wo die Einlieger verschwunden seien, stocke in Mecklenburg die Häuslersiedlung, die vorher kräftige

Fortschritte gemacht habe. Daher verspreche die Schaffung von Mietwohnungen in den Dörfern mit Pachtgelegenheit mehr praktischen Erfolg, als die Prämiierung von Stellen, durch die man den Landarbeiter künstlich in eine Lage versetzen wolle, die er nicht begehre und für die er nicht passe. Als Vermieter kämen in erster Linie die Besitzer kleiner Stellen (Häusler) in Betracht, die durch Gewährung größerer Baudarlehen oder Überweisung von Landzulagen zur Einrichtung von Mietwohnungen auf ihrem Gehöft angeregt werden müßten.

Diese Ausführungen sind sehr bestechend, für Mecklenburg werden sie auch zutreffend sein. Für die östlichen Landesteile drängen sich aber doch Bedenken auf.

Zunächst: Werden Mietwohnungen mit ein wenig Pachtland in den Dörfern überhaupt begehrt sein? Ich möchte es bezweifeln.

Die Wohnungen, die ein Kleinstellenbesitzer vermietet und zwar zu einem möglichst hohen Mietzins, pflegen nicht besser zu sein als die Wohnungen der Deputatarbeiter auf den Gütern, und auch das von der Gemeinde für die Mieter zur Verfügung zu stellende Pachtland wird den Ansprüchen der Leute, was Bodengüte, Größe und Entfernung vom Hause betrifft, schwerlich genügen. Die Mieter werden bald merken, daß sie in Wohnung und Landnutzung nicht besser stehen als auf dem Gute, wo ein halber Morgen Gartenland und ein Morgen Kartoffelacker gut bestellt und gedüngt, sowie freies Futter für eine Kuh zu ihren Bezügen gehörten. In seinen Arbeitsverhältnissen aber steht jeder Mieter schlechter als der auf mindestens ein Jahr verbundene Deputatarbeiter, da er sich die Arbeit — oft in weiter Entfernung von seiner Wohnstätte — selbst suchen muß und im Winter häufig ohne Beschäftigung ist. Auch mit Pachtland werden die Mieter auf dem Lande daher stets ein unzufriedenes, dem Einfluß der Sozialdemokratie leicht zugängliches Proletariat sein. Ich kann mir ferner nicht denken, daß die Gemeinden die Hand dazu bieten werden, die Mieterbevölkerung im Dorfe zu vermehren; denn abgesehen davon, daß die Bauern nur höchst ungern Land abgeben, müssen sie befürchten, daß ihnen aus der Vermehrung der armen Bevölkerung größere Armenlasten erwachsen. Endlich wird auch dem Großgrundbesitzer mit einer solchen Ansetzung von Arbeitern kein Gefallen getan. Denn woher werden die Bewerber um eine Mietwohnung mit Pachtland kommen? Zweifellos ausschließlich aus der Deputatarbeiterschaft der Güter, deren Zusammenschmelzen die Besitzer schon jetzt mit Sorge beobachten. Denn daß das Vorhandensein von Mietwohnungen mit Pachtland in den Dörfern eine Rückwanderung ehemaliger Landarbeiter aus den Städten und den Industriebezirken auf das platte Land zur Folge haben wird, wird wohl niemand glauben.

So werden im Osten voraussichtlich alle Beteiligten ihre Mitwirkung bei der Durchführung des von Derksen'schen Vorschlages versagen. Es fehlt ihm auch meines Erachtens gerade das, was bei der Ansiedlung von Landarbeitern auf Eigentumsstellen den Erfolg verspricht: die soziale Hebung der ländlichen

Arbeiterſchaft aus dem beſitzloſen Proletariat in den Stand der Grundbeſitzer, die Verbeſſerung ihrer Wohnungsverhältniſſe durch den Bau von Eigenheimen und die Erhöhung ihres Einkommens durch die Erträge aus einer Landwirtſchaft, die, da ſie Eigentum und kein kündbares Pachtland iſt, zum höchſten Reinertrag gebracht werden kann. Anwärter auf eine ſolche Stelle kommen zwar ebenfalls häufig aus den Reihen der Deputatarbeiter, es mehren ſich aber zusehends die Fälle, wo auch ſtädtiſche und Induſtriearbeiter, angeregt durch die Vorzüge des ländlichen Eigentums, ſich anſiedeln laſſen. Auch kommt von den Deputatarbeitern nicht jeder Arbeiter dafür in Betracht, denn der Erwerb einer Eigentumsſtelle erfordert die Leiſtung einer Anzahlung von 500 bis 1000 Mark. Die Güter können alſo durch die Kleinſiedlung nur ſolche Leute verlieren, die den Dienſt ohnehin bald verlaſſen hätten, um ihre Erſparniſſe nutzbar zu machen, während die Schaffung von Mietwohnungen mit Pachtgelegenheit in den Dörfern auch in die beſitzloſe Gutſarbeiterſchaft Unruhe tragen muß. Berücksichtigt man ferner, daß die Verwandlung eines Deputatarbeiters in einen freien, zur Miete wohnenden Landarbeiter gar nicht einmal im Intereſſe des Arbeiters liegt — auch die medlenburgiſchen Einlieger bildeten eine ſehr unzufriedene Bevölkerungſchicht —, ſo wird man ſich in den öſtlichen Landesteilen beſſer darauf beſchränken, die ländlichen Arbeiterverhältniſſe durch die bereits erörterten Maßnahmen zu verbeſſern, die ſich kurz dahin zuſammenfaſſen laſſen: Aufteilung größerer Güter in Bauernſtellen, um den Arbeiterbedarf der Landwirtſchaft zu verringern, Bekämpfung der Abwanderungsluſt der einheimiſchen Arbeiter durch Verbeſſerung der Wohnungs- und Lohnverhältniſſe auf den Gütern, und Heranziehung weiterer einheimiſcher Arbeiter durch Schaffung von Halbbauern- und Arbeitereigentumsſtellen. Daneben ſind ſelbſtverſtändlich alle Wohlfahrtsbeſtrebungen eifrig zu fördern, die ſich zum Ziele geſetzt haben, das Leben auf dem Lande angenehmer zu geſtalten und die Anhänglichkeit der Bevölkerung an die eigene Scholle zu pflegen.

